II. JAHRGANG

JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRALINFORMATIONSSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

REDAKTION UND VERLAG:
OSCAR GRÜN

ZÜRICH, SCHWEIZERGASSE 10
TEL.: SELNAU 3251

JEWISH PRESS NEWS ASSOCIATION

BUREAU CENTRAL DE LA PRESSE JUIVE



Erscheint 1—2 mal wöchentlich
Jahresabonnement Fr. 12.—, halbj. Fr. 6.—, viertelj. Fr. 3.50

Postcheck-Konto VIII 5166
Telegramm-Adresse: „PRESSCENTRA ZÜRICH"

Abonnements nehmen sämtliche Postanstalten des In- und Auslandes entgegen.

Doppel-Nummer 56/57 | 19. September 1919 | כ״ד אלול תרע״ט | Preis 50 Cts.

Abdruck nur gegen Quellenangabe - Belegexemplare erbeten

Die Wahrheit über den Stand der Palästinafrage.

Unter dieser Überschrift veröffentlicht Chefredakteur *Morris Myer* in der Londoner „Jewish Times" eine Artikelserie, in der nachgewiesen wird, dass, trotz aller gegenteiligen Behauptungen, die zionistischen Führer doch viel weniger erreicht haben, als ursprünglich gefordert wurde, obgleich auch jene Forderungen sich schon auf ein Minimum beschränkt hatten. Infolge eingehendster Vertrautheit mit der Materie und Kenntnis einzelner vertraulicher Details, bietet diese Artikelserie viel Beachtenswertes, weshalb die „Jüdische Presszentrale Zürich" es für angebracht hält, die Grundgedanken wiederzugeben. (Es sei im vorhinein bemerkt, dass nach unseren genauen und verlässlichen Informationen, einzelne Behauptungen Morris Myers, auf die wir später noch hinweisen werden, mit den Tatsachen nicht ganz übereinstimmen.)

Vor der letzten Rede *Weizmanns* vom 3. Sept. d. J. (S. J. P. Z. No 55) hatte Morris Myer eine Reihe von Fragen in der „Jewish Times" an Dr. Weizmann gerichtet und um deren Beantwortung ersucht. Dr. Weizmann habe nun diese Fragen nicht erschöpfend beantwortet und sie anscheinend sogar übel genommen, indem er bemerkte, man würde „Palästina nicht mit Zeitungsartikeln aufbauen". Sein Unwille ist leicht begreiflich. Er arbeitet unermüdlich für den Zionismus und verdient wahrlich vollste Anerkennung. Die besten Resultate dieser Arbeit wollen sich jedoch leider nicht einstellen, und es ist ihm unangenehm daran erinnert zu werden, was psychologisch verständlich ist. Das jüdische Volk muss jedoch die volle Wahrheit wissen, auch wenn sie ungünstig ist. Mögen die zion. Führer auch nicht fehlerlos sein, so haben sie gewiss das Beste gewollt und es trifft sie keine Schuld. Es unterliegt keinem Zweifel, dass alles, was Dr. Weizmann in seiner Rede gesagt hat, auf vollster Wahrheit beruht und weder Uebertreibungen noch Unterschätzungen enthält. Jetzt darf man bereits offen reden, da dies absolut keine Gefahr mehr mit sich bringt, sondern nur von Nutzen sein kann. Bekanntlich war die Lage bis vor kurzem eine sehr kritische; es schien, dass alle Versprechungen fast keine Aussicht auf Verwirklichung hätten. Die englische Administration in Palästina hat der Balfourschen Deklaration nicht im geringsten Rechnung getragen, sie war sogar direkt gegen die Juden. Der Verwaltungschef von Palästina, General Money, war ein Gegner des Zionismus und gegen ein jüdisches Palästina. Die zion. Führer bemühten sich wiederholt, die Lage zu verbessern. Im Februar d. J. wandte sich Dr. Weizmann an den englischen Generalstabschef, General Wilson, und erhielt von ihm die schriftliche Zusicherung, es sei den Administrativbehörden von Palästina Weisung erteilt, den Juden gegenüber eine andere Haltung einzunehmen. Anscheinend blieb diese Order wirkungslos, denn das Verhalten den Juden gegenüber besserte sich nicht im Geringsten. Frankreich beharrte und beharrt noch immer auf Einhaltung der mit England im Jahre 1916 getroffenen Abmachung, laut welcher ein grosser Teil Palästinas an Syrien fallen soll. Auch hier blieb dem Einwirken der zion. Führer jeder Erfolg versagt. Erst dem Oberrichter Brandeis, der in einer offiziellen Mission, auf Veranlassung Wilsons, d. h. der amerikanischen Regierung, vor kurzem Palästina bereiste, ist es gelungen, einen neuerlichen Erlass der englischen Regierung an die Administrativbehörden in Palästina zu erwirken, der die Respektierung und Durchführung der Deklaration bezüglich eines nationalen Heimes für die Juden in Palästina fordert. Es muss betont werden f ü r die Juden i n Palästina, damit die englische Deklaration keine unrichtige Interpretation finde, dahingehend, dass etwa Palästina als g a n z e s Land ein nationales Heim für das jüdische Volk abgeben soll. Die Deklaration besagt bloß, dass gewisse Juden die Möglichkeit haben sollen, für sich ein nationales Heim in Palästina zu schaffen. Dies muss betont werden, um sich in dieser Hinsicht keinen falschen Illusionen hinzugeben. Es kann also gesagt werden, dass man es Brandeis zu verdanken habe, wenn die Balfoursche Deklaration keine leere Phrase bleiben wird.

(Laut zuverlässigen Informationen der „Jüdischen Presszentrale Zürich" haften dieser Darstellung gewisse Uebertreibungen an. Wenn es auch wahr ist, dass Oberrichter Brandeis viel zur Besserung der Lage in Palästina beigetragen und das jüdische Volk ihm sicherlich viel zu verdanken hat, so ist es noch lange nicht richtig, dass die Lage vorher so kritisch gewesen ist, wie Morris Myer sie schildert. Vor allem haben die zion. Führer nie daran gezweifelt, dass die dem jüdischen Volk gegebenen Versprechen eingehalten werden würden u. dass die in Palästina herrschenden kritischen Zustände nur vorübergehender und lokaler Natur seien. Damit sollen jedoch keinesfalls die Verdienste Oberrichter Brandeis irgendwie geschmälert werden.)

Dr. Weizmann weiss sehr gut, dass seine eigene unermüdliche Arbeit, ohne Brandeis, erfolglos geblieben wäre; aber selbst Brandeis konnte nicht durchsetzen, daß die limitierte Möglichkeit, die man den Juden gibt

ein nationales Heim in Palästina zu schaffen, wenigstens auf demokratischer und fortschrittlicher Grundlage basiert sei. Dies schränkt natürlich die eingeschränkten Möglichkeiten noch mehr ein.

Die zion. Führer haben die Balfoursche Deklaration nur als Rahmen betrachtet, dem das entsprechende Bild erst einzufügen sei. Niemals und von niemandem wurde erwartet, dass dieses Bild der jüdische Staat sein würde, aber alle erwarteten, dass die Möglichkeit vorliegen würde, Palästina zu einem jüdischen Staate zu entwickeln. Jedoch auch dieses ist uns nicht gegeben worden. Bei Aufzählung der zion. Forderungen in seiner letzten Rede, hat Dr. Weizmann zwar viel Wahres gesagt, jedoch nicht alles berührt und manches verschwiegen. Es genügt nicht, die Krongüter und die der Effendis erwerben zu können, sondern es wurde s. Zt. auf der Londoner Konferenz auch gefordert, dass diese Ländereien nationales Eigentum des jüdischen Volkes werden. Was die zweite Forderung anbelangt, so verlangten die Zionisten, dass die Durchführung der öffentlichen Arbeiten ihnen übergeben werde. Die Forderung, dass diese Arbeiten von jüdischen Arbeitern ausgeführt werden sollen, wurde an die engl. Regierung gar nicht gestellt. Auch die dritte Forderung hat Dr. Weizmann nicht vollständig klargelegt. Es wurde verlangt, dass die Administration eine jüdische sein soll und dass ein jüdischer Rat, gewählt nicht allein von den Juden Palästinas, sondern auch vom jüdischen Kongress, der das ganze jüdische Volk vertritt, die Administration von Palästina unter Kontrolle der Mandatarmacht leiten soll. Dies war das wirkliche Bild, das die zion. Führer in den Rahmen der engl. Erklärung einfügen wollten. War auch dieses Bild nicht besonders schön, so ist das jetzige fast eine Karikatur. Die Frage der Nationalisierung der Krongüter und des Grossgrundbesitzes ist beiseite geschoben worden und es steht zu befürchten, dass sie selbst in den offiziellen zion. Forderungen nicht mehr figurieren wird. Auch die jüdische Administration, die man s. Zt. gefordert hat, wird bedauerlicherweise nicht geschaffen werden. Dr. Weizmann hat nur von jüdischer „Einwirkung" gesprochen und wie gross diese sein wird, kann niemand sagen. Das Wichtigste aber ist, dass der beabsichtigte Rat, der vom jüdischen Volke gewählt und dem jüdischen Volke verantwortlich hätte sein sollen, nicht geschaffen wird.

(Laut Informationen der „Jüd. Presszentrale Zürich", kann man, wenn man genau sein will, von b e s t i m m t e n zion. Forderungen nicht sprechen, also auch nicht mit Morris Myer behaupten, dass sie nicht erfüllt worden seien. Die zion. Führer haben vielmehr die gestellten Forderungen fortwährend geändert, manche ausgedehnt manche eingeschränkt, sodass die Schilderung von Myer sich nur auf eines jener Elaborate beziehen kann. So wurde, wie wir wissen, erst kürzlich ein neuerlicher Vorschlag unterbreitet und dürfte wohl auch dieser nicht der letzte sein. Was den jüdischen Rat anbelangt, so hat sich ja auch Brandeis gegen einen solchen ausgesprochen (J. P. Z. Nr. 53/54) und die schwierigen Verhältnisse bringen es mit sich, dass die zion. Führer von sich aus, ohne irgend welche äussere, nicht-jüdische Einwirkungen, gewisse, s. Zt. gemachte Vorschläge wieder fallen lassen, um sie durch andere, verbesserte zu ersetzen, die ebenfalls nicht als definitive zu betrachten sind und noch mannigfachen Aenderungen und Verbesserungen unterzogen werden dürften. Man kann also keineswegs sagen, dass dies oder jenes verlangt und nicht erreicht worden wäre, da es sich bei keinem dieser Vorschläge um ein Definitivum gehandelt hat.)

Was die Immigration anbelangt, so betont Dr. Weizmann unaufhörlich, dass diese starken Einschränkungen unterliegen müsse. Auf der zion. Konferenz in London hat Agronom Wilkansky betont, dass wir „das Ende b e s c h l e u n i g e n müssen" und auch Dr. Weizmann hat von 50 bis 60 Tausend jährlichen Immigranten gesprochen, was für ein Land wie Palästina gar nicht wenig ist. Weshalb sind die zion. Führer jetzt plötzlich so vorsichtig geworden? Sie sollten über diesen Punkt überhaupt nicht sprechen, weil die Kontrolle über die Immigration tatsächlich nicht in jüdischen Händen liegen wird. Es ist noch nicht abzusehen, wie lange dies dauern wird, aber laut den jetzigen Anzeichen es, scheint, dass Andere und nicht die Juden noch manches Jahr bestimmen werden, w i e v i e l und welche Juden nach Palästina einwandern können, und eben deshalb wird die Immigration eine beschränkte sein. Nicht besser steht es um den Schutz des jüdischen Handels und der jüdischen Arbeit. Es ist Tatsache, dass engl. Firmen den Handel in Palästina an sich reissen und daß den jüdischen Kaufleuten nur Brocken abfallen werden. Noch schlimmer steht es mit der jüdischen Arbeit. Denn während der jüdische Kaufmann noch immer eine Möglichkeit finden kann, mit anderen zu konkurrieren, so fehlt diese Möglichkeit absolut dem jüdischen Arbeiter, der den Konkurrenzkampf mit den anderen Arbeitern, vor allem den arabischen, nicht aufnehmen kann. Wegen der Behandlung der jüdischen Arbeiter werde der zion. Leitung auch der Vorwurf gemacht, daß sie ihrer Pflicht der Unterstützung und Aufmunterung nicht Genüge leiste. Aehnlich verhält es sich mit der Frage der Legionäre. Die genaue Darstellung dieser traurigen Tatsachen müsste jedoch eine starke Kritik an den Führern zur Folge haben, was nicht Zweck dieser Artikelserie ist. Es sollte hier nur die tatsächliche Lage, so wie sie sich jetzt darstellt, geschildert werden.

Das Resumé ist folgendes: 1) Die Grenzen Palästinas sind durch das engl.-franz. Abkommen noch nicht endgültig bestimmt, da England eine Aenderung dieses Abkommens erstrebt und es ist zu hoffen, dass Palästina *ungeteilt* bleiben wird, 2) Die englische Deklaration wird zwar durchgeführt, aber es wird ihr nur ein minimaler Inhalt unterlegt, so dass die zion. Leitung das „Chowewej Zion" Prinzip annimmt. 3) Der Grossgrundbesitz wird nicht nationales Eigentum des jüdischen Volkes werden, wodurch eine grosszügige Kolonisation unmöglich gemacht wird. 4) Es wird eine nicht-jüdische Administration geschaffen, und die zion. Führer haben nur die Hoffnung, eine gewisse Einwirkung ausüben zu können. 5) Die Kontrolle über die Immigration werden nicht Juden führen und es wird nur eine kleine und eingeschränkte jüdische Immigration gestattet werden. 6) Es wird weder für jüdischen Handel, noch für jüdische Arbeit ein Schutz geschaffen.

Die Palästinakommission.

Der Pariser Gewährsmann der „Jüdischen Presszentrale Zürich" telegraphiert: Die zionistische Palästinakommission wird im Oktober komplett sein und aus

11 Mitgliedern, 5 Palästinensern und 6 aus den Galuthländern bestehen. Die nichtpalästinensischen Mitglieder werden aller Wahrscheinlichkeit nach Weizmann, Ussischkin, Ruppin, Feiwel und ein Amerikaner sein. Das sechste Mitglied ist noch unbestimmt.

Die Unterhandlungen über den Orient dauern noch immer an. Man hat ein provisorisches Regime statuiert und die britischen Truppen werden das Territorium besetzt halten, bis die Einigung zwischen den beiden Regierungen perfekt sein wird.

Weizmann ist nach London abgereist. Ussischkin geht nach London, von wo er Ende September über Triest programmgemäss seine Reise nach Palästina antritt, um dort zusammen mit einigen Ingenieuren technische Untersuchungen vorzunehmen.

Die syrische Frage.

Paris, 15. Sept. Nach dem „Temps" bildet nicht die definitive Aufstellung eines Abkommens in der Levante-Frage den Gegenstand des zwischen Clemenceau und Lloyd George gepflogenen Ansichtenaustausches, sondern einzig der zwischen Frankreich und England zu regelnde Besetzungsmodus der interessierten Gebiete und die *Festlegung der territorialen Grenzen,* innerhalb deren jede der beiden Mächte von nun an für die Aufrechterhaltung der Ordnung verantwortlich ist.

— Der Oberste Rat hiess das zwischen Lloyd George und Clemenceau getroffene Abkommen über die vorläufige Regelung der Lage in *Syrien* gut. Dieses wird solange in Kraft bleiben, bis die Vereinigten Staaten sich bereit erklären, sich mit dem ganzen Fragenkomplex über das Statut für die Türkei zu beschäftigen.

Haag, 16. Sept. Nach einem offiziellen Bericht aus New-York ist Präsident Wilson zu dem Entschluss gekommen, dass die Vereinigten Staaten keine Verwaltungsmandate über Konstantinopel und Armenien übernehmen sollten.

Versailles, 17. Sept. „Temps" teilt mit, dass zwischen Clemenceau und Lloyd George gestern über die militärische Besetzung der Levante ein Abkommen getroffen wurde. Die britischen Truppen müssen bis zum 1. November alle Gebiete nördlich der Grenze zwischen Syrien und Palästina räumen, da diese Grenze nur provisorischen Charakter hat und geändert werden kann, wenn die Friedenskonferenz endgültig über die politische Organisation der Levante entscheiden wird.

— Der „Hajnt" erfährt aus Paris aus angeblich gut informierten Kreisen, dass die Palästinafrage noch im Verlauf des September vor den höchsten Rat der Friedenskonferenz kommen wird. In zion. Kreisen werden für diesen Entscheidungstag fieberhafte Vorbereitungen getroffen. Die Frage hätte noch am 8. Aug. behandelt werden sollen, wurde jedoch aus gewissen Gründen im Einverständnis mit den zion. Vertretern verschoben. Mit Rücksicht auf die nahende Entscheidung entfalten die Londoner assimilatorischen Kreise grosse Rührigkeit. Unter Vorsitz von *Lucien Wolf* wurde eine Beratung der Assimilanten abgehalten und beschlossen, Schritte zu unternehmen, dass bei der Sitzung der Friedenskonferenz, in der die Entscheidung über Palästina fallen soll, auch Vertreter der Assimilanten angehört werden. (Die Meldung des „Hajnt" betrifft wahrscheinlich obenerwähnte Verhandlungen betreffs Syrien.)

— Im gegenwärtigen Augenblick, da Lloyd George und Marshall Allenby in Paris mit der franz. Regierung die syrische Frage studieren, dürfte es angebracht sein, auf die 4 Dokumente zurückzukommen, die die Grundlagen bilden auf welchen die Verhandlungen geführt werden. Diese in ihren grossen Linien bereits bekannten Dokumente, (Siehe „Times" vom 11. Sept. und „Journal des Débats" vom 14. Sept. 1919) die wir nachstehend wiedergeben, wurden dem franz. Vertreter in Syrien durch den Obersten Lawrence übermittelt, der lange Zeit dem Generalstab des Emir Feysul zugeteilt war.

Dokument 1: Die *britische* Regierung verspricht dem König Hussein unterm Datum vom 24. Okt. 1915 für die Erhebung der Araber gegen die Türkei, die *Unabhängigkeit Arabiens* südlich des 37. Breitegrades, mit Ausnahme im Gebiet von Bagdad anzuerkennen, wo die Engländer spezielle Verwaltungskontrollmassnahmen verlangen und mit Ausnahme derjenigen Gebiete, wo die Handlungsfreiheit Grossbritanniens der Notwendigkeit untergeordnet ist, die französischen Interessen nicht zu schädigen.

Dokument 2: Abkommen *Sykes-Picot* v. 2. Mai 1916, dessen Wortlaut bereits bekannt ist. Es teilt die arabischen Provinzen der Türkei in fünf Zonen ein, nämlich das *internationalisierte Palästina* vom Jordan bis zum Mittelmeer, Caiffa und Mesopotamien, welche zu England kommen, Betrick am Golf und die syrische Küste von Tyrus bis Alexandrette mit Cilicien und Südarmenien, Siwas und das Hinterland der Provinzen von Aleppo, Damaskus, Urfa, Deir und Mossul, welche einen *unabhängigen arabischen Staat* bilden, sowohl unter französischem als britischem Einfluss.

Dokument 3: *Britische Erklärung* an die syrischen Führer von Kairo v. 11. Juni 1917. Sie anerkennt die Unabhängigkeit des vor dem Kriege bestandenen arabischen Staates und der durch ihre Einwohner im Laufe des Krieges befreiten arabischen Gebiete.

Auf Grund einer offenkundigen Unvereinbarkeit dieser letzteren Klauseln mit den gegenüber Frankreich durch die Dokumente 1 und 2 eingegangenen Verpflichtungen wurde zwischen *Allenby* und dem *Emir Feysul* ein *Abkommen* getroffen, welches die Aktionszone der arabischen Truppen fast ausschliesslich auf die den Arabern durch den Paragraphen des Abkommens Sykes-Picot zuerkannten Gebiete beschränkt.

Dokument 4: *Französisch-englische Erklärung* v. 9. Nov. 1918, in der sich Frankreich und das britische Reich verpflichten, die Eingebornenregierung in Syrien und in Mesopotamien zu unterstützen und sich um die normalen Funktionen dieser Regierung zu kümmern, welche den Willen des Volkes vertritt. Diese letztere Erklärung wird im Orient als eine Umgestaltung oder Umgehung des Dokuments 2 über die Einflusszonen angesehen.

Die rumänische Judenfrage.

In der „Humanité" vom 15. Sept. veröffentlicht die rumänische Sozialistengruppe eine Erklärung, worin auf die Notwendigkeit hingewiesen wird, das Prinzip des ethnischen und religiösen Minoritätenschutzes in Rumänien aufrecht zu erhalten. Die Rumänen weigern sich den Vertrag zu unterzeichnen, weil er eine Klausel enthält, die die Souveränität des Landes beeinträchtigt, und wollen die Kontrolle durch die Liga der Nationen nicht akzeptieren. Im Prinzip erschiene diese Weigerung gerechtfertigt.

Aber die Frage ist nicht so, wie Herr Bratiano und die ganze ihm folgende Clique sie darstellen möchten. Denn es handelt sich nicht darum, die Souveränität des rumänischen Volkes zu verletzen. Es ist besonders wichtig zu wissen, ob die Politiker, die angeben, das rumänische Volk zu vertreten, durch ihre Vergangenheit und ihre Regierungsmethoden würdig sind, dass man ihnen die delikate Aufgabe anvertraut, das Schicksal der unter ihre Gewalt gefallenen Minoritäten zu bestimmen. Die Geschichte der dominierenden Klasse in Rumänien ist jedoch unglücklicher Weise bekannt. Wir wissen leider, wessen sie fähig ist. Wir sind ziemlich genau

unterrichtet über den moralischen Wert derjenigen, die die Bauern massakrieren wenn sie Gerechtigkeit verlangen, die die Sozialisten ermorden und die den traurigen Ruhm hatten, aus den Juden „die letzten Sklaven Europas“ zu machen. Nein, wir können nicht getäuscht werden! Man kann nicht der Willkür dieser Regierenden überlassen: 2,009.900 Ungarn, 781.000 Deutsche, 638.000 Ruthenen, 749.140 Juden, 282.000 Serben, 80.000 Slowaken, 41.000 Russen, 35.000 Bulgaren, 25.000 Polen, welche durch die Tatsche der Vergrösserung Rumäniens unter ihre Macht gestellt sind. Man kann diese ethnischen Minderheiten nicht ohne Hoffnung und ohne Schutz lassen.

In die schlimmste Lage würden in diesem Falle die Juden gelangen. Sie sind es, die die grösste Gefahr laufen. Während die anderen Nationalitäten eine Hoffnung und eine Stütze an ihren Konnationalen finden können, bleiben die Juden ohne die geringste Schutz-Möglichkeit. Es ist im übrigen kein Geheimnis, dass einer der hauptsächlichsten Beweggründe der Weigerung Bratianos, seine Unterschrift unter den Friedensvertrag zu setzen, die Judenfrage ist. Man kennt die ganze antijüdische Politik und alle die Leiden, denen die Juden unter den Herren, die in Rumänien regieren, ausgesetzt gewesen sind. Das letzte Gesetz-Dekret bezügl. der Naturalisation der Juden hat die Frage nicht gelöst. Die Art und Weise, wie es angewendet wird und der Geist, der unter den Politikern und in der rumänischen Bureaukratie herrscht, rechtfertigt alle Besorgnis. Und nichts ermächtigt uns zu glauben, dass an der nächsten rumänischen Konstituante die Geschichte von 1879 sich nicht wiederholt. Wir erinnern an die antisemitische Maskerade, die von dem Vater Bratiano's an den Portalen des rumänischen Parlaments organisiert wurde, während man die Naturalisation der Juden, die durch den Berliner Vertrag auferlegt war, diskutierte. Wer garantiert uns, dass es bei der Ratifizierung des gegenwärtigen Gesetz-Dekretes nicht dasselbe sein wird?

Und dann, wird die rumänische Reaktion auf die wundervolle Ablenkung, die die Existenz der Juden ihr bietet, verzichten können? Das Volk darf seine wahren Feinde nicht sehen, das wäre gefährlich! Und was könnte Ausbeutung und Ausplünderung des Landes besser retten, als der Antisemitismus? Er ist also doch notwendig. *Er wird ein Regierungs-Prinzip.*

Hat sich bis zur gegenwärtigen Stunde in Rumänien etwas geändert, um denjenigen, die es führen, Vertrauen zu gewähren? Hat sich vielleicht ein neuer demokratischer und ehrlicher Geist der rumänischen Regierenden bemächtigt? Nein! Kein Vertrauen darf der rumänischen Oligarchie gewährt werden. Jedes Misstrauen ist gerechtfertigt.

Das Prinzip des ethnischen Minoritätenschutzes muss aufrechterhalten bleiben. Und das bis zur Stunde, wo es nicht mehr Bratiano und seine Clique sein werden, die das Land regieren, sondern das Volk, das wirkliche rumänische Volk, das unter der drückenden Last seiner regierenden Wucherer leidet und darniederliegt.

— Der rumänische Gesandte in Paris, *Antonescu,* gab einem Vertreter des „Matin“ eine Erklärung ab, worin es u. a. heisst: Die rumänische Regierung hält es für schädlich und gefährlich, gewissen Minderheiten das Rekursrecht gegen die rum. Regierung zu belassen, was denjenigen Staaten, aus denen diese Minderheiten hervorgegangen sind, ermöglichen würde, im Innern unseres Landes, eine verhängnisvolle Agitation zu betreiben. Es handelt sich um die Ungarn, Bulgaren und auch um die deutschen Minderheiten in Siebenbürgen und im Banat, die sich ganz besonders in der letzten Zeit tätig zeigten. Es handelt sich nicht, wie man allgemein glaubt, ganz besonders um die Frage der jüdischen Minderheiten; denn wir haben durch eine im letzten Mai erlassene Gesetzgebung den Juden die bürgerlichen Rechte der Rumänen von dem Moment an verliehen, in dem sie erklären, in Rumänien geboren worden zu sein.

— Der Pariser Korrespondent der „Basler Nachrichten“ meldet vom 13. Sept.: Die rumänische und jugoslavische Delegation liessen gestern abend den Sekretär der Konferenz wissen, dass sie beabsichtigen, den Vertrag mit Oesterreich zu unterzeichnen. (? J. P. Z.)

Wien, 13. Sept. (Von der italienischen Waffenstillstandskommission.) Das italienische Armmeeoberkommando hat an Rumänien eine Note gerichtet, worin daran erinnert wird, dass für Griechenland, Polen und den Tschechoslovakischen Staat dieselben Richtlinien über den Schutz der Minderheiten aufgestellt wurden, ohne dass diese Staaten Protest erhoben hätten. Das Armeeoberkommando hofft, dass Rumänien auf seinem Beschluss nicht beharren und die freundschaftlichen Beziehungen unter den Alliierten nicht stören werde.

Provisorischer Gesetzentwurf, die Tätigkeit des litauischen Ministers für jüd. Angelegenheiten betreffend.

Dr. M. Soloweitschik, Minister für jüdische Angelegenheiten in Litauen, der derzeit in der Schweiz weilt, hatte die grosse Freundlichkeit, der „Jüdischen Presszentrale Zürich“ den der litauischen Regierung vorgelegten Gesetz-Entwurf über den Wirkungskreis des Ministeriums für jüdische Angelegenheiten in Litauen im Manuskript zum Erst-Abdruck zu überlassen.

Dieser Gesetzentwurf dürfte sicherlich allgemeines Interesse beanspruchen können, weil er ein gewisses Licht auf die nationalrechtliche Lage des litauischen Judentums wirft und anderseits einen Versuch darstellt, der komplizierten Frage der Sicherung des nationalautonomen Lebens eine juristische Einteilung zu geben und somit auch als Material in anderen Staaten, wo die Frage ebenfalls brennend ist, dienen könnte.

Dieser Gesetz-Entwurf enthält in Gesetzesform diejenigen Bedingungen, unter denen Minister Soloweitschick s. Zt. in die Regierung eintrat. Er ist von der Regierung, die jetzt in Litauen die gesetzgebende Gewalt ausübt — da bis zur bevorstehenden Einberufung der Konstituante keine parlamentarische Körperschaft existiert — noch nicht endgültig bestätigt worden, hat aber bereits die Sanktion des Ministerpräsidenten und der in § 6 des Entwurfes erwähnten zwei Minister erhalten. Es besteht also die volle Sicherheit, dass der Entwurf bald Gesetzeskraft erlangen wird.

Der Entwurf wurde vom Minister Soloweitschik gemeinschaftlich mit dem beim Jüdischen Ministerium bestehenden Rate ausgearbeitet und eine Anfang August zusammenberufene Konferenz von Vertretern jüd. Gemeinden Litauens hat in einem der Regierung unterbreiteten Memorandum, die Zuversicht ausgesprochen, dass dieser Entwurf, als erster Schritt zur integralen,

nationalen Autonomie, unverzüglich bestätigt und verwirklicht werden wird.

Einstweilen arbeitet das Jüdische Ministerium in den vom Gesetz-Entwurf vorgesehenen Grenzen, nur ist von der Anstellung von Bezirks-Bevollmächtigten (siehe § 11) abgesehen worden, solange die rechtliche Grundlage für deren Tätigkeit nicht gegeben ist.

Der Gesetz-Entwurf lautet:

I. Die Funktionen des Ministers für jüdische Angelegenheiten.

§ 1. Der Minister f. j. A. vertritt in der Regierung die Interessen der jüdischen Nationalität in Litauen.

§ 2. Der Minister f. j. A. nimmt als Mitglied der Regierung an allen Arbeiten des Ministerkabinetts teil.

§ 3. Der Minister f. j. A. arbeitet alle Gesetzentwürfe aus, die die jüdischen nationalen Rechte betreffen und legt sie der Begutachtung und Bestätigung des Ministerkabinetts vor.

§ 4. Zur Durchführung der Gesetze, die die jüdischen nationalen Rechte betreffen, erlässt der Minister f. j. A. entsprechende Rundschreiben und Verordnungen.

§ 5. Der Minister f. j. A. nimmt die nötigen Massregeln vor, um das Judentum Litauens auf den Grundlagen der national-personalen Autonomie zu organisieren im Sinne der Befriedigung seiner nationalen Bedürfnisse, sowohl der geistigen als der sozialökonomischen. Zu diesem Zwecke werden auf demokratischen Grundlagen entsprechende nationale Organe geschaffen, sowohl zentrale wie örtliche (Gemeinden), ständige und temporäre, und verschiedene jüdische Körperschaften und Institutionen geschaffen und unterhalten, deren Tätigkeit sich auf die Befriedigung der obengenannten Bedürfnisse der jüdischen Nationalität in Litauen bezieht.

§ 6. Im Ministerium für Volksaufklärung, sowohl wie im Ministerium für Arbeit und soziale Fürsorge, bestehen Aemter von Inspektoren jüdischer Institutionen; diese Aemter werden durch Vereinbarung des betreffenden Ministers mit dem Minister f. j. A. besetzt.

§ 7. Sollten zwischen dem Minister f. j. A. und den genannten Inspektoren Meinungsverschiedenheiten betreffs der Tätigkeit der erwähnten Institutionen aufkommen, so haben die betreffenden Minister die Streitfrage gemeinsam mit dem Minister f. j. A. beizulegen; würde jedoch eine Verständigung nicht erzielt werden, so untersteht die Streitfrage der Entscheidung des Ministerkabinetts.

§ 8. Alle Geldmittel, die dem Minister f. j. A. für seine oben angeführte Tätigkeit notwendig sind, werden aus der Staatskasse der jeweilig bestehenden Ordnung gemäss, assigniert.

II. Die Kanzlei des Ministers für jüdische Angelegenheiten.

§ 9. Dem Minister f. j. A. untersteht eine Kanzlei deren höhere Beamte folgende sind: 1. ein Kanzleichef, 2. sein Gehilfe, 3. und 4. zwei Sekretäre für das Schulwesen und die soziale Fürsorge, 5. ein Leiter der Korrespondenz mit der Provinz, 6. ein Leiter der Presseabteilung, 7. ein Buchhalter. 8. ein Kassier, 9. und 10. zwei Dolmetscher, 11. bis 13. drei reisende Instruktoren für die Organisation der Gemeinden. 14. bis 19. sechs Bevollmächtigte in 6 Bezirken.

§ 10. Der Kanzleichef vertritt den Minister f. j. A. in seiner Abwesenheit und zeichnet dann in seinem Namen die laufende Korrespondenz.

§ 11. Die Bezirksbevollmächtigten vertreten den Minister f. j. A. innerhalb der Bezirke, führen, einer vom Minister ausgearbeiteten Instruktion gemäss, alle seine Verordnungen aus und verfügen über dielben Rechte wie die Bevollmächtigten der anderen Ministerien.

Anmerkung: Die Grenzen der Bezirke werden der allgemeinen Einteilung des Landes in Kreise gemäss bestimmt und deren Zahl wird mit der Räumung der jetzt okkupierten Gebiete entsprechend vergrössert.

§ 12. Die Organe der Exekutive haben die Bezirksbevollmächtigten des Ministers f. j. A. in der Ausübung ihrer gesetzmässigen Tätigkeit zu unterstützen.

III. Der beim Minister für jüdische Angelegenheiten bestehende Rat.

§ 13. Als beratendes Organ besteht beim Minister f. j. A. ein Rat, dessen Tätigkeit durch ein vom Minister ausgearbeitetes Reglement bestimmt wird.

§ 14. Die Mitglieder des Rates erhalten für die Teilnahme an dessen Sitzungen eine bestimmte Vergütung, welche aus den dem Minister f. j. A. für seine Kanzleiauslagen zur Verfügung gestellten Mitteln bestritten wird.

IV. Die amtliche Sprache der Kanzlei des Ministers für jüdische Angelegenheiten und dessen Siegel.

§ 15. Die Sprachen, deren sich der Minister f. j. A. in seinen Beziehungen mit der jüdischen Bevölkerung, in seiner Amtsführung und in seinen Anordnungen bedient, sind: die hebräische und die jiddische. In seinen Beziehungen mit den andern Organen der Regierung bedient sich der Minister f. j. A. der Staatssprache. In dieser Sprache müssen auch Abschriften aller von ihm erlassenen Rundschreiben und Verordnungen, sowie eines zusammenfassenden Kassenberichts, in der Kanzlei aufliegen.

§ 16. Der Minister, sowie seine Bezirksbevollmächtigten, besitzen ein Siegel, welches mit dem Staatswappen und mit Aufschriften in litauischer und hebräischer Sprache versehen ist.

Eine Zeitrechnung, die der „Arbeiter-Zeitung" nicht passt.

Die „Wiener Morgenzeitung" vom 11. Sept. schreibt: Wer bringt es zuwege, darüber zu spotten, dass das jüdische Volk die Heimstätte in Palästina erlangt hat? Natürlich nur die deutsch-jüdischen Genossen von der „Arbeiter-Zeitung". Das sozialdemokratische Organ schreibt unter der Spitzmarke „Eine neue Zeitrechnung":

„Die Jüdische Presszentrale Zürich teilt der Welt die kuriose Tatsache mit, dass in Palästina eine neue Zeitrechnung eingeführt worden ist, die mit dem 2. November 1917 beginnt. An diesem Tage hat nämlich Balfour Palästina als Heimstätte für die Juden erklärt. So interessant dieses Datum auch ist, fürchten wir, dass es nicht als Beginn einer neuen Aera durchdringen wird. Wohl nicht einmal für Palästina, wo die Juden nur einen recht geringen Prozentsatz der Bevölkerung ausmachen sollen. Könnte aber auch dieses Verhältnis verbessert werden — etwa durch Abwanderung des jü-

dischen Teils unserer Schleichhändler nach dem gelobten Land —, so ist doch daran zu erinnern, dass sogar die Zeitrechnung der französischen Revolution, die schliesslich auch ein wichtiges Ereignis war, nur kurzen Bestand hatte."

Das trifft kein Leuthner und kein Renner und das wäre Männern wie Pernerstorfer ein Greuel gewesen. Das ist die Spezialität der jüdisch-assimilatorischen Parteigrössen und Zeitungsschreiber, mit Begeisterung für die nationalen Rechte aller Völker einzutreten, aber die schäbigsten, gemeinsten Witze zu reissen, wenn es sich um das jüdische Recht auf die eigene Nation handelt, welche es sich herausnehmen, die von der sozialistischen Internationale geforderte, endlich erlangte jüdische Heimstätte in Palästina, als Schleichhändlerzuflucht zu verlachen. Mögen sie nur Gift und Galle spucken! Es nützt alles nichts. Diese jüdische Gegenwart bedeutet auch für sie eine neue Zeitrechnung, für diese ihr Judentum versteckenden überdeutschen „Genossen", von denen Theodor Herzl einmal sagte, dass sie den Sozialismus „entwerten", für diese Konjunkturmenschen, welche jetzt so lügenkräftig ins deutschnationale Horn stossen, um die Aufmerksamkeit von ihren Rassenmerkmalen abzulenken. Die neue Zeitrechnung vom wiedererstandenen jüdischen Volke wird dieses Gelichter unmöglich machen. In Palästina wird für sie ebensowenig Raum sein, wie für den Schleichhandel. Aber wir wetten drum: Hier haben sie auch bald ausgespielt.

Chronik.

Russland.

Aus dem bolschewistischen Russland.

In den Warschauer jüd. Zeitungen gibt eine Person, die Moskau vor 3 Wochen verlassen hat, folgende Einzelheiten über die Auflösung der jüd. Gemeinden im bolschewistischen Russland: (zur Auflösung ist es letzten Endes nach dem „Judiszen Folk" nicht gekommen. Siehe J.P.Z. No. 55.)

Die Initiative kam vom Kommissar für jüd. Angelegenheiten *Diamantstein,* der sich an den Volkskommissar für die Nationalitäten, dem bekannten *Stalin,* mit einem Memorandum gewendet hat, worin er den bourgeoisen Charakter der jüd. Gemeinde und die Notwendigkeit ihrer Auflösung zu beweisen sich bemühte. Stalin war mit dem Standpunkt Diamantsteins nicht einverstanden. Darauf wandte sich Agursky, Mitglied des Kollegiums des jüd. Kommissariats, mit einem neuen Memorandum an Stalin, von dem er, nachdem er Stalin überzeugt hatte, tatsächlich bevollmächtigt wurde, das Dekret wegen der Auflösung der jüd. Gemeinde zu unterschreiben. Gleichzeitig sollte auch ein Dekret wegen des Verbotes der hebräischen Sprache veröffentlicht werden, das ebenfalls bereits unterschrieben war. Die Sache wurde in Moskau bald bekannt und rief grosse Erregung hervor. Ohne auf die gedrückte politische Lage zu achten, organisierte der „Tarbuth" ein grosses Protestmeeting, zu dem er trotz strengen Verbotes durch Plakate auffordete. Zu dem Meeting kamen auch inkognito die bekanntesten Führer der Bolschewisten, um zu erfahren, was die Juden eigentlich wollen. Rabb. *Mase* hielt eine glänzende Rede. Am anderen Tage kam Fürst Dolgorukow, ein Mitglied der alten russischen fürstlichen Familie, der jetzt ebenfalls Bolschewist ist, zu dem Rabbiner nnd teilte ihm mit, dass seine Rede einen grossen Eindruck gemacht habe und dass Volkskommissar *Lunatscharsky* ihn zu sprechen wünsche, um sich über die Frage des Hebräischen zu informieren. Nach einem Gespräche zwischen Lunatscharsky und Rabbiner Mase wurde das Dekret betreffs des Verbots der hebräischen Sprache nicht erlassen. Dasselb geschah auch hinsichtlich des Zionismus. Die Denunziationen der jüd. Kommunisten hatten schon fast dazu geführt, dass auch in Grossrussland, ebenso wie in der Ukraine, der Zionismus verboten werden sollte. Nur mit schwerer Mühe gelang es, das Dekret zurückzuhalten und der „Zik" (Zentralny Ispolnitelny Komitet), die höchste Macht im Soviet-Russland, hat eine Resolution angenommen, dass der Zionismus vorläufig nicht verboten werde, da keine Beweise vorliegen, dass die in Russland verbliebenen zion. Führer sich durch Teilnahme an englischen Intrigen kompromittiert hätten.

— Das „Lodzer Volksblatt" meldet: Aus Minsk Ankommende berichten, die Räteregierung habe 200 Millionen Rbl. zugunsten der Pogrom-Geschädigten in der Ukraine assigniert.

Litauen.

Gemeindewahlen in Wilna.

Von 49,172 Wählerstimmen hat die Liste der poln. nationalen Kanditaten 31,551 Stimmen erhalten. Die vereinigten jüd. Listen erzielen 14,063, die poln. Sozialistenpartei 1125 und die Weissrussen 405 Stimmen. Die litauische Minderheit hat keine Liste aufgestellt. Die Siţe werden sich folgendermassen verteilen: Nationale Partei 31, Juden 14, Sozialisten 2.

Ueberfälle auf jüdische Pfadfinder in Wilna.

Am 31. Aug. wurde in Wilna eine aus 150 Pfadfindern bestehende Abteilung im botanischen Garten von poln. Legionären überfallen und blutig geschlagen. Die anwesenden Offiziere lächelten zynisch und verweigerten jede Hilfe.

— Von authentischer Seite wird der „Jüd. Presszentrale Zürich" mitgeteilt:

Das Wahlgesetz für die litauische Konstituante enthält einen Paragraphen, nach dem die Wahlen *nicht auf einen Samstag* festgesetzt werden können. Die Vertreter der litauischen Judenschaft, die an der Ausarbeitung des Gesetzes teilnahmen, haben zur Wahrung der jüd. Interessen nicht das Kurien-System, sondern eine, die Interessen der Minderheiten besonders schützende Modifikation des Proporz-Systems verfochten und durchgesetzt, sodass volle Hoffnung besteht, dass die Juden ihrer Zahl entsprechend, in der Konstituante vertreten sein werden.

Lettland.

Am 23. August ist in Riga der bekannte Kantor und Komponist *Rosowsky* im Alter von 78 Jahren gestorben. Durch Unterstützung des Baron Horaz Ginzburg war es ihm ermöglicht, das Petersburger Konservatorium zu besuchen, wo er Schüler Anton Rubinsteins war. Synagogal-Gesang studierte er in Wien beim berühmten Sulzer und dann in Königsberg bei Weintraub. Seit dem Jahre 71 nahm er den Posten in Riga ein. Die bekannten Opernsänger Jadlowker und Schwarz sind aus seiner Schule hervorgegangen. An Rosowsky's Begräbnis beteiligten sich mehr als 20,000 Personen.

Polen.

Die Mission Sir Stuart Samuels.

Warschau. Im Ministerium des Aeusseren wurde einem polnischen Journalisten erklärt, dass das Ministerium bisher noch keine offizielle Verständigung seitens der engl. Regierung über die einzutreffende Kommission Sir Stuart Samuels erhalten habe, und auf die Schwierigkeit der Beschaffung passender Räumlichkeiten für diese Mission hingewiesen.

Was die ebenfalls angekündigte sozialistische Kommission betrifft, so nehme das Ministerium des Aeussern an, dass die Sozialisten selbst einsehen werden, dass diese überflüssig sei und nicht einmal versuchen werden, die betreffende angenommene Resolution durchzuführen. Falls jedoch tatsächlich eine sozialistische Kommission nach Polen käme, so würde die poln. Regierung diese als private, und ihre Mitglieder als Ausländer ansehen.

— Der „Kuryer Polski" schreibt, es wäre erwünscht, die Einreise der engl. Untersuchungskommission zu verbieten, da auch Polens Geduld ihre Grenzen hat.

Antisemitismus polnisch-jüdischer Assimilanten.

Auf Veranlassung des poln. Ministeriums des Aeussern gab der Führer der jüdischen Assimilanten in Polen, Henryk Nussbaum, (sattsam bekannt durch seine Blasphemie im offenen Brief an den Viererrat, siehe J. P. Z. No. 47) dem Botschafter Morgenthau eine Erklärung über die Judenfrage in Polen. Seiner Meinung nach bedeutet die Fürsorge der amerikanischen Juden für die Judenheit in Polen ein Unglück. Gleichzeitig mit dem Antisemitismus blüht in Polen ein Antipolonismus der Juden, der hundertfach schrecklicher sei als der Antisemitismus. Die russische Regierung hat Polen von den Juden überschwemmen lassen, und da ist der Edelmut des poln. Volkes zu bewundern, dass sein Antisemitismus bei diesem Verhältnis nur solche beschränkte Formen annimmt. Der poln. Antisemitismus ist nicht unmenschlich wie der der andern Völker Europas und gibt keine Veranlassung zur Intervention. Dass die Juden in Polen noch immer ihr „hässliches Lallen" beibehalten, ist ein schreiender Beweis dafür, wie gering sie das Polentum schätzen. Die Klausel des Friedensvertrages über die jüdischen Rechte wird den Juden nur Schaden bringen.

Nach der jüdischen Presse soll Morgenthau diese „Aufklärung" stillschweigend hingenommen haben.

(J Pr. St.)

— Einem Mitarbeiter des Wilnaer „Nasz Kraj" gegenüber, äusserte sich der Stellvertreter des Generalkommissars für den Minsker Kreis, *Raczkiewicz*, dass man mit den Juden, die sich im allgemeinen ruhig verhalten, zusammenarbeiten müsse. Wenn die Morgenthau-Kommission u. a. nicht alle Bagatellen im höchsten Masse aufbauschten, würden die gegenseitigen Beziehungen sehr gute sein. Dazu bemerkt der „Hajnt": Nach der Meinung des Herrn Raczkiewicz bauschen also auch Morgenthau und seine Kommission die Kleinigkeiten auf und tragen zur Verschärfung der Gegensätze zwischen Polen und Juden bei. Morgenthau sollte sich dieses ihm ausgestellte Zeugnis gut merken.

Kapitän Gothard über die Minsker Vorfälle.

Das Mitglied der Morgenthau-Kommission, Kapitän *Gothard*, besuchte in Begleitung des Redakteurs *Wiesenfeld* eine Reihe von Städtchen in Westgalizien, um für die Kommission das nötige Material zu sammeln. Kap. Gothard erwähnte, dass er in Minsk zur Zeit der bekannten Vorfälle anwesend war, und nie vergessen werde, was er dort gesehen habe. Was den von den Aeroplanen herabgeworfenen Aufruf Morgenthaus an die Minsker Juden betrifft, erklärte Gothard, dass die Kommission jetzt diesen ihren Schritt bedauere. Die Mehrheit der Kommission sei auch früher dagegen gewesen, liess sich aber vom General Jadwin überreden. Die Minsker Juden blieben trotzdem von einem Pogrom nicht verschont, obgleich sie keine Bolchewisten gewesen sind.

— Dr. *Bogen,* der auf der Rückreise nach Amerika in Paris weilte, erklärte dem Vertreter der „Jewish Times" u. a.: Alle Polen glauben, dass die Juden Feinde ihres Landes sind, und deshalb gibt es Juden gegenüber kein Gesetz und kein Gefühl der Billigkeit. Der Jude hat noch geringeren Wert als ein Hund und es wird geradezu als Gebot betrachtet ihn zu drangsalieren. Gegen einen derartigen chronischen Hass gibt es kein Heilmittel.

Warschau. Morgenthau intervenierte bei der poln. Regierung wegen der Chikanen, denen die jüd. Kaufleute im Aussenministerium bei Erlangung von Auslandspässen, ausgesetzt sind. Das Ministerium legte daraufhin einen Ausweis vor, wonach 48% der herausgegebenen Pässe auf Juden entfallen, wobei allerdings zu bemerken ist, dass die Juden im Handel mit einem noch grösseren Prozentsatz vertreten sind.

Entschädigung für die jüdischen Gemeinden in Polen.

Das Departement für Kultus beim Ministerium für Kultus und Bildung erhielt durch Vermittlung der polnischen Liquidationskommission in Paris einen Fonds zur Vergütung der Schäden, die das deutsche, russische und österreichische Militär während des Krieges in den Gebäuden der jüdischen Kultusgemeinden, in den Synagogen sowie Bet- und Lehrhäusern angerichtet hat.

— Die Poln. Regierung hat neuerlich erklärt, dass die Polizei alle jüd. Schilderaufschriften entfernen solle, insofern solche nicht gleichzeitig auch eine poln. Aufschrift enthalten.

Warschau. Advokat Goldstein aus der Ukraine hat nun doch das poln. Passvisum für seine Auslandsreise erhalten.

— In Warschau ist *Michal Bergson,* der langjährige Präs. der jüd. Gemeinde im Alter von 88 Jahren gestorben. Bergson entstammte einer altbekannten jüd. Familie Polens, die seit jeher mit jüd. Fragen sich stark beschäftigt hat. Am Begräbnis nahmen u. a. teil der Unterrichtsminister Lukaszewicz, Botschafter Morgenthau und leitende Persönlichkeiten der Assimilantenpartei, deren Führer und wärmster Vertreter Bergson bis zu seinem Tode war.

Warschau. Gelegentlich der Requirierung von Maschinen und Waren bei Jehoschua Friedmann in Pinsk, wurde dessen 17jähriger Sohn wegen einer Bemerkung in bezug auf die Requirierung auf der Stelle erschossen.

— Das neugewählte Zentralkomitee der zion. Organisation in Polen, nahm folgende Ressorteinteilung vor: Vorsitzender Dr. Klumel, Leiter des Palästinaamtes Lewite, des Kulturamtes Dr. Braude und Podliszewski, des politischen Amtes Abg. Grünbaum, des Finanzamtes Dr. Klumel, des Organisations-Amtes Olschwanger und Hurwicz, des sozialökonomischen Amtes Abg. Hartglass, des Presse- und Verlags-Amtes Dr. Gottlieb und Szalkowicz, des Nationalfonds-Amtes Minz.

— Auf Grund des Beschlusses der vierten zion. Landeskonferenz macht das Zentralkomitee die nötigen Vorbereitungen zur Umwandlung der „Hacefira" in ein hebräisches Tageblatt. Zum Redakteur ist der unlängst aus der Schweiz zurückgekehrte bekannte Schriftsteller *Dr. Jakob Klatzkin* ausersehen.

— Laut „Lemberger Tageblatt" beabsichtigt eine Deputation des Lemberger jüd. Frauenvereins sich in Bälde nach Frankreich, Deutschland, Skandinavien und Amerika zu begeben, um dort für eine grosse Hilfsaktion zugunsten der jüd. Kinder in Ostgalizien zu agitieren.

— In *Krakau* fand eine jüdische Massenversammlung zum Proteste gegen die ukrainischen Judenpogrome statt. Die Referenten waren die Abgeordneten *Grünbaum* und Dr. *Thon.*

Ukraine.

Gegen die Judenpogrome in der Ukraine.

Die Ukrainische Mission in Bern teilt der „J.P.Z." mit: Aus Kamenetz-Podolsky wird gemeldet: Der ukrainische Ministerrat hat auf Antrag des Ministers für jüdische Angelegenheiten beschlossen, die Todesstrafe gegen alle der Beteiligung an den Judenpogromen Schuldigen zu verhängen.

Tschecho-slovakischer Staat.

Masaryk gegen die Prager Pogrome.

Prag, 8. September. Die aufs bedenklichste aufgeflammte Leidenschaft der Strasse ist seit gestern wieder der Ruhe gewichen. Dies ist vor allem den energischen Worten zu danken, die *Masaryk* an die Deputation der Demonstranten gerichtet hat. Die fanatisierten Frauen, denen sich zahlreiche Legionäre angeschlossen hatten, waren, die Wache überrumpelnd, gewaltsam bis in das Audienzzimmer des Präsidenten vorgedrungen, um ihn „aus der Gewalt der Deutschen und Juden zu befreien." Es war keine angenehme Ueberraschung für die Befreier, als Masaryk sie mit der scharfen Bemerkung empfing: „Ich bin nicht nach Prag gekommen und ich bin nicht Präsident geworden, um mich von der Masse beherrschen zu lassen." Ein zweites, nicht minder kräftiges Beruhigungsmittel, war die sofortige Verhaftung einiger der eifrigsten Pogromhetzer. Die Polizei ging diesmal, wahrscheinlich auf höhere Weisung, mit grosser Entschiedenheit vor und schreckte auch nicht davor zurück, ausser den hocharistokratischen Verschwörern, drei schuldige Beamte des Landesverteidigungsministeriums gefangen zu setzen. Der Haupturheber der Krawalle, ein übel beleumdeter, wegen Erpressung vorbestrafter tschechischer Redakteur, namens Flögl, wurde mit seiner Frau ins Gewahrsam gebracht. Man fand noch ein halbes Tausend der unheilvollen Flugblätter in seiner Wohnung. Nun herrscht leidliche Ruhe.

Der Delegiertentag der Orthodoxen.

Der Gewährsmann der „J.P.Z." telegraphiert:

Bratislava 15. Sept. Der Delegiertentag der Gesamt-Orthodoxie der Slovakei wählte den Oberrabbiner von Pystian *Kolomann Weber* zum Präsidenten. Eine sechsgliedrige Kommission wurde mit der Führung von Verhandlungen mit dem „Volksverband der Juden für die Slovakei" betraut.

Prag. (Tsch. P. B.) „Narodni Politika" zufolge geht dem Verfassungsausschuss der Nationalversammlung demnächst ein *Minoritätenschutzgesetz* zu.

Jugoslavien.

Die jüdischen Rechte in Serbien.

Einer Delegation der Belgrader jüd. Gemeinde erklärte der serbische Ministerpräsident, dass die serbische Regierung mit ihrem Proteste gegenüber der Klausel über den Schutz der nationalen Minderheiten keineswegs die Juden im Auge habe. Serbien habe die Juden stets als treue Bürger anerkannt, ihnen alle Rechte gegeben und auch Zutritt zu den Regierungsstellen gewährt. Die Regierung wird nichts dagegen haben, dass die Juden in ihren Schulen ihre Sprache lernen. Sie hat der Religion gegenüber stets vollste Toleranz und gehörige Beachtung bewiesen. Die Regierung könne jedoch die Minoritätsklausel nicht annehmen, weil in Neu-Serbien viele Bulgaren wohnen, die diese Klausel zum Zwecke einer grossbulgarischen Agitation ausnützen könnten, was für Serbien eine grosse Gefahr bedeuten würde.

Paris, 16. Sept. Die südslavische Abordnung hat der Friedenskonferenz mitgeteilt, dass sie von ihrer Regierung ermächtigt wurde, den Friedensvertrag mit Oesterreich, einschliesslich der Bestimmungen über den Schutz der nationalen Minderheiten, zu unterzeichnen.

Rumänien.

Aus Bukarest wird der „Jüdischen Presszentrale Zürich" berichtet: Am 1. Sept. wurde in Bukarest der rumänische Zionistenkongress eröffnet. Das Bureau setzt sich zusammen aus dem Präsidenten Bleicher und Dr. Niemirower, Dr. Nacht, Schwarzwald und Bring. Namens der Zentral-Kommission der zion. Juden der Hauptstadt und aller jüd. Gesellschaften des Landes begrüsste Dr. Niemirower die Delegierten und die gesamte Jugend aus Alt- und Neu-Rumänien in einer längeren hebräischen Ansprache, worin er auch den grossen Führern, vor allem Nahum Sokolow, den Dank Aller aussprach. Nach ihm sprach Dr. Nacht ebenfalls hebräisch.

— „Daily Herald" erfährt aus Paris, dass infolge dort eingetroffener Nachrichten, über 100,000 Personen, hauptsächlich Juden, von den Rumänen aus den Gebieten, über deren Staatsangehörigkeit, zwischen Ungarn und Rumänien ein Streit besteht, vertrieben werden. Die Rumänen sind der Ansicht, dass die Juden im Falle einer Volksabstimmung jede andere Regierung einer rumänischen Herrschaft vorziehen würden und glauben, auf diese Weise die missliebige Bevölkerung loswerden zu können.

— Dem Advokaten Leo Wolfsohn, einem Journalisten und einflussreichen Politiker aus New-York, wurde vom rumänischen König ein Interview gewährt, das von Bratiano gegengezeichnet und für das „International Jewish Press Bureau of New York" bestimmt ist. Charakteristischerweise trägt das Manuskript den

Vermerk „Nur für die amerikanischen Zeitungen, nicht für diejenigen von Rumänien“. (Eine kritische Würdigung dieser Aeusserungen des rumänischen Königs veröffentlicht Dr. E. F. Braunstein in der Pariser „Lanterne“, auf die hiermit hingewiesen sei. „J.P.Z.“)

Ungarn.

Verhaftungen von Pogromisten in Transdanubien.

Die Korr. „Express“ meldet: Im Verlauf der über die Pogrome in Czelldömölk gepflogenen Erhebungen sind gestern acht Personen verhaftet worden. Der Oberstuhlrichter und der Notar sind in gerichtliche Untersuchung gezogen worden, da die Vorerhebungen schwer belastendes Material gegen diese beiden Amtspersonen ergeben haben.

Pogromflugzettel in Budapest.

Budapest, 11. Sept. (Tel. der „Wiener Morgenzeitung“.) In der Stadt werden maschinengeschriebene Flugzettel verbreitet, welche den persönlichen und geschäftlichen Verkehr mit den Juden verbieten.

Pogromangst in Budapest.

Budapest, 17. (U. K.-B.) Innenminister *Beniczky*, machte in einem Zirkular den Regierungskommissären zur Pficht, eventuelle Pogrombestrebungen mit energischen Massnahmen hintanzuhalten. Die Verwaltungsbeamten müssen das Volk entsprechend aufklären. Sollten Pogrome, Volksurteile usw. vorkommen, so werde der Minister die verantwortlichen Behörden wegen Unterlassung schonungslos zur Verantwortung ziehen.

Das russische Polizeisystem in Budapest.

Budapest. Der Oberstadthauptmann erliess eine Verordnung betreffs Aufstellung von Hausspionen nach russischem Muster, welche Beauftragte der Stadtsicherheit genannt werden und keine Juden sein dürfen.

(Wr. Morgenzeitung.)

Auch eine Nottaufe.

Im Ungar. Tel.-Korr.-Büro wurde soeben sämtlichen jüdischen Mitarbeitern plötzlich gekündigt. Der Leiter des Büros, Sektionsrat Német, der von der Angelegenheit scheinbar bereits vorher unterrichtet war, hat sich drei Stunden früher am Vormittag taufen lassen.

(„Deutsche Tageszeitung“, Berlin.)

Deutsch-Oesterreich.

Die Ausweisung der Flüchtlinge aus Wien.

Die Regierung hat sich bemüssigt gesehen, in einem Kommentar zu ihrem Ausweisungserlass ausdrücklich die Verfügungen hervorzuheben, die die Ausnahmen betreffen. Dadurch gewinnt der Erlass ein ganz anderes Gesicht. Wenn die Regierung die Personen entfernt, die der Oeffentlichknit tatsächlich zur Last fallen, und sich hierbei nur von sachlichen, nicht aber konfessionellen Momenten leiten lässt, so tut sie damit nichts anderes, als was sie seinerseits mit dem Abgeordneten Stricker vereinbart hat. Die Juden werden darüber wachen, dass sie sich an das Wort hält, das sie gegeben hat.

Seit Bekanntwerden der Kundmachung betr. der Fremdenausweisung wird der Jüd. National-Rat unaufhörlich mit Anfragen bestürmt. Das Präsidium des J. N. R. teilt zur Beruhigung mit, dass es permanent tätig ist und interveniert.

— Die Poln. Pressagentur meldet: Im Namen der Wiener poln. Gesandschaft erschien heute der Legationsrat Dr. Marian Henzel im deutschösterreichischen Staatsamte für Aeusseres und legte einen energischen Protest gegen die Ausweisungsverfügung der niederösterreichischen Landesregierung ein. Der Protest richtet sich gegen den Inhalt der Verordnung, welche die poln. Staatsangehörigen und besonders die arme jüdische Bevölkerung trifft, sowie gegen den Termin, welcher sich mit Rücksicht auf den kurzen Zeitraum und den Mangel entsprechender Transportmittel nicht aufrechterhalten lassen wird. Dr. Henzel verlangte ferner mit Nachdruck die sofortige Freigabe des beschlagnahmten Vermögens der poln. Staatsangehörigen und wies darauf hin, dass diese Beschlagnahme das Haupthindernis der Abreise der poln. Staatsangehörigen aus Wien bildet. Sektionschef Ippen versprach den Protest der poln. Gesandtschaft der deutschösterreichischen Regierung vorzulegen.

— Auch die ukrainische Gesandtschaft hat beim deutsch-österreichischen Staatsamt des Aeussern wegen der Ausweisung der Flüchtlinge interveniert.

Heimbeförderung der Palästinenser.

Anfangs Oktober wird der zweite Palästinaheimkehrertransport von Wien abreisen. Alle Palästinaflüchtlinge, die diese Heimreiseangelegenheit zu benützen wünschen, haben sich bei der jüdischen Palästinareise- und Transportgesellschaft mit Personaldokumenten anzumelden.

Deutschland.

Hauptversammlung des Verbandes der deutschen Juden.

Auf den 30. November 1919 ist nach Berlin die sechste öffentliche Hauptversammlung des Verbandes der deutschen Juden einberufen worden. Die letzte Versammlung fand 1913 in Hamburg statt. Tagesordnung und Ort der Verhandlungen werden noch bekanntgegeben.

Organisation der jüdischen Gemeindebeamten.

Der Vorstand des Vereins der Beamten der jüdischen Gemeinde zu Berlin hat sich in mehreren Sitzungen mit der Frage des Anschlusses an eine grosse Organisation beschäftigt. Es ist beabsichtigt, den Anschluss an eine der grossen Beamtenorganisationen zu suchen, deren Mitglieder Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten sind. Unabhängig davon, erstrebt der Verband den Zusammenschluss aller Beamten der jüd. Gemeinden Deutschlands zu einem Verbande jüdischer Beamten. In der „Jüdischen Beamtenzeitung“ werden alle Beamten und Lehrer der jüdischen Gemeinden aufgefordert, dem Verbande beizutreten.

Die Kameraden.

Anfang 1919 ist in Berlin ein jüdischer Sportverein „Die Kameraden“ gegründet worden, der in Berlin etwa 600 Mitglieder zählt, und auch ausserhalb Berlins viele Ortsgruppen hat. Er nimmt zu religiösen Fragen keine Stellung, fordert jedoch von den Mitgliedern das

Bekenntnis der unlösbaren Zugehörigkeit zum deutschen Volke und die Ablehnung national- jüdischer Bestrebungen. Der Verein wendet sich an die Jugend vom jüngsten schulpflichtigen Alter an.

— Aus Berlin wird gemeldet, dass die Konferenz der Funktionäre, Betriebs- und Arbeiterräte der sozialistischen Parteien Deutschlands beschloss, die als Vorstoss der Gegenrevolution geschickt inszenierte antisemitische Bewegung mit allen Mitteln zu bekämpfen. Infolge des Verteilens antisemitischer Flugblätter hat in Hamburg der Leiter der Einwohnerwehr eine Verfügung erlassen, die anordnet, dass Mitglieder, die sich mit solcher Propaganda in den Kompagnieversammlungen usw. befassen, aus der Einwohnerwehr auszuscheiden haben.

— Das „Joint Distribution Committee" hat zur Verteilung der für Litauen bestimmten jüdischen Hilfsgelder, ein aus den Herren Dr. Hantke, Dr. Bernhard u. Dr. M. Hildesheimer bestehendes Komitee eingesetzt.

Italien.

Neue Proteste der italienischen Judenheit bei der italienischen Regierung gegen die Pogrome.

Angesichts der ungeheuren Juden-Massaker und Machtlosigkeit der Judenheit, hat die Föderation der italienischen Juden ihre Proteste und ihren Appell bei der Regierung erneuert, worin es u. a. heisst: Die Entente, die, wie es scheint, in Polen etwas tun will, muss sich entscheiden auch in der Ukraine ernstlich zu intervenieren, ebenso in allen anderen Ländern, wo die Reaktion sich erneuert.

Der Papst und die Pogrome.

„Manchester Guardian" bringt folgenden Brief des Rabbiners von Manchester: „Polen ist zum größten Teil katholisch und das Gerichtswesen müßte das logische Korrelat des Katholizismus sein. Ich erinnere mich eines Briefes des Kardinals Vaughan, in dem er erklärt, daß seit Innozenz III alle Privilegien und Schutzbullen den Anhängern der Kirche einschärfen, die Juden nicht zu belästigen, ihre Güter nicht einzuziehen und ihrer Freiheit in der Ausübung ihrer Religion und in der Feier ihrer Riten keine Einschränkungen aufzuerlegen. Diese heiligen Versprechungen, sind sie noch in Kraft? Könnte nicht der Papst einen Hirtenbrief veröffentlichen, in dem er der Geistlichkeit empfehlen würde, auf der Kanzel den Schutz der Juden zu predigen und so die alten Traditionen fortzusetzen, die die Juden der katholischen Länder unter den Schutz der Kirche stellen."

Nach einer Rommeldung der Pariser „Croix" hat der Papst auf den an ihn gerichteten Appell der Jerusalemer Juden gegen die Pogrome im Osten Europas in ähnlichem Sinne geantwortet, wie s. Zt. an die Juden der Vereinigten Staaten. Er versichert darin seine Fürsorge für die Juden in Polen, Litauen und Ukraine.

— Laut Meldung der „Wiener Morgenpost" weigert sich die poln. Militärmission in Rom, die in grosser Zahl in italienischer Kriegsgefangenschaft sich befindenden jüdischen Offiziere aus Galizien zu repatriieren, weil diese sich als Juden und nicht als Polen bekennen. Die Offiziere wandten sich an den Jüdischen Nationalrat für Ostgalizien zwecks Intervenierung bei den massgebenden Faktoren, damit ihnen entweder die Heimreise oder die Emigration nach Palästina ermöglicht werde.

Frankreich.

Die palästinensische Arbeiterdelegation in Paris.

Der Pariser Korrespondent der „Jüdischen Presszentrale Zürich" berichtet:

Wie bereits mitgeteilt, weilte eine Delegation palästinensischer Arbeiter, bestehend aus den Herren Blumenfeld, Katzenelsohn, Schochat und Sprinzak in Paris. Diese 4 Delegierten gehören den Arbeiterfraktionen „Hapoel Hazair" und „Achduth-Haawoda" an. Sie beabsichtigen das Zionistische Aktionskomitee in London über die Lage der jüd. Arbeiter und der Arbeitsmöglichkeiten in Palästina zu unterrichten.

In einer Sitzung, die am 2. Sept. im Bureau der zion. Organisation abgehalten wurde, haben die Mitglieder der besagten Delegation in Gegenwart von einigen z. Zt. in Paris weilenden Mitgliedern des Aktionskomitees die Gründe ihrer Anwesenheit in Europa dargelegt. Die gegenwärtige politische Lage in Palästina zieht besonders die jüd. Arbeiter in Mitleidenschaft. Die britische Militäradministration scheint nicht vom Geiste der Balfourschen Deklaration durchdrungen zu sein. Sie lässt von seiten der Juden keinerlei neues Unternehmen zu, besonders solche ökonomischer Art.

Die Delegierten lenken die Aufmerksamkeit besonders auf den Umstand, dass es schädlich sei, wenn die zion. Administration Aufrufe erliesse, um die Flut der Immigranten aufzuhalten, da gewisse arabische Gesellschaften bei den engl. Behörden vorstellig wurden, die jüd. Immigration möglichst einzuschränken, wenn nicht ganz einzustellen. Wir müssten sofort die Uneingeschränktheit der jüd. Einwanderung in Palästina durchsetzen. Wir werden verstehen, uns darauf einzurichten, eine möglichst grosse Anzahl aufzunehmen; was die Einwanderer selbst betrifft, so werden sie es verstehen, sich aller gerechtfertigten Forderungen der zuständigen jüd. Behörde willig zu unterwerfen.

Die Delegierten sind der Meinung dass die zion. Kommission, die ausschliesslich aus Neuangekommenen besteht, die die Lage im Lande nicht genau kennen und nicht lange auf ihren Posten bleiben, und denen somit die notwendige Erfahrung fehlt, nicht gut die Rolle eines administrativen Zentrums ausfüllen könne. Dadurch dass neben der zion. Kommission auch der „Misrad" (Zionistisches Bureau in Palästina) existiert, entsteht eine Zwiespältigkeit, die den jüdischen Interessen schädlich ist. Die Delegierten weisen auf die absolute Notwendigkeit hin, ein Arbeits-Departement bei dieser Kommission zu schaffen und dasselbe zu beauftragen, die Arbeits Bedingungen zu untersuchen und dem jüdischen Handwerk neue Märkte zu eröffnen.

Paris. Oberst *Dreyfuss* wurde mit dem Kreuz der Ehrenlegion ausgezeichnet. Die alte Affaire scheint jedoch noch nicht ganz vergessen zu sein, da die franz. Zeitungen mit Stillschweigen über diese Dekorierung hinweggegangen sind. Nur „Matin" bringt sein Bild.

England.

Misrachi und Agudas Jisroel.

Das Londoner Misrachi-Bureau veröffentlicht einen Briefwechsel zwischen Hermann *Struck* und Rabbi Dr. *Schönfield,* in welchem Struck die Punkte mitteilt, die auf der seinerzeitigen Konferenz mit den Vertretern der

Agudas Jisroel, Rabb. Dr. Auerbach, Rabb. Dr. Munk und M. A. Loeb als Basis für eine eventl. Einigung diskutiert worden sind, u. zw.: Einrichtung eines orthodoxen Schul-Systems, Gründung orthodoxer Kolonien, gleiche Vertretung von Zionisten und Nicht-Zionisten in den Emigrations-Komitees, Heilighaltung des Sabbath im öffentlichen jüd. Leben, Aufsicht über die Schächtgesetze, Gültigkeit der jüd. Heiratsgesetze und des jüd. Zivilrechtes. Die letzten 4 Punkte sollen einem Beschluss von Rabbinern unterliegen. Der Misrachi hat die Schaffung eines Rabbiner-Rates beantragt, um diese Frage vom rabbinischen Standpunkt zu behandeln. Mit Rücksicht darauf, dass diesem ersten Gespräche zweifellos weitere folgen dürften, ersucht Struck die engl. Misrachisten, sich mit den Einzelheiten vertraut zu machen und ihre Meinung zu äussern, da eine Vereinigung aller orthodoxen Welt-Organisationen für die Palästina-Arbeit wünschenswert sei. Namens der engl. Misrachisten erklärte Rabb. Schönfield, dass diese die Einigungsverhandlungen sehr gern sehen. Alle im Brief von Struck berührten Punkte wurden vor einigen Monaten auf der engl. Misrachi-Konferenz behandelt und müssen bei der Etablierung eines jüdischen Heimes in Palästina streng beobachtet werden. Der einzige Weg dazu sei die Schaffung eines autorisierten Rabbiner-Rates in Palästina. Die erschöpfende Behandlung dieser Fragen könne auf dem Korrenspondenzwege nicht geschehen; sie müssen auf dem Misrachi-Kongress, der einberufen werden soll, sobald die Umstände es gestatten, beraten werden. Vorerst wurde ein entsprechendes Kommuniqué an die amerikanischen Misrachisten abgesandt, von denen die englischen sehr abhängig sind, um eine Basis für gemeinsame Arbeit in der jetzigen krititischen Zeit, wo Einigkeit so nottut, zu finden.

Jüdischer Arbeiterrat.

An der Konferenz des jüdisch-nationalen Arbeiterrats in England, die vor kurzem in London stattfand, beteiligten sich Delegierte von 28 Arbeiter-Organisationen: Trade-Unions, Zweige des Arbeiterrings, Poale-Zion-Vereine und Vereine der Sozialisten-Territorialisten (S. B.). Den Bericht der bis jetzt geleisteten Arbeit erstattete *Morris Myer*, der Herausgeber der „Jewish Times". Die Arbeit des Rats umfasste sehr viele Gebiete. Das Manifest des Rats gegen die Judenverfolgungen in Rumänien fand mächtigen Widerhall. Als die Gefahr der Pogrome in Polen sich zeigte, veröffentlichte der Rat ein Memorandum über diese Frage und gewann so die englische Arbeiterschaft für die Protestbewegung gegen die Pogrome. Die Intervention der englischen Regierung in Polen vom November 1918 ist ein direktes Ergebnis dieser Bemühungen. Der Rat wirkte auch gegen die Agitation, die Einwanderung nach England zu beschränken, und suchte freundschaftliche Beziehungen mit der englischen Labour-Party. Der Verband gründete in London zwei jüdische Trade-Unions, die der Leder- und Stockarbeiter. Ing. *Kaplansky*, der die Konferenz im Namen des Weltverbandes der Poale Zion begrüsste, berichtete u. a. über die Absicht des Verbandsbüros, eine Arbeiterkommission nach Palästina zu entsenden, und forderte den Arbeiterverband auf, sich an der Kommission durch Entsendung eines Delegierten zu beteiligen. Der Vorschlag Kaplanskys wurde angenommen und als Delegierter wurde der Führer der Bäcker-Union, *Sharn*, gewählt. (Wegen Raummangel bisher zurückgestellt. J.P.Z.)

Ein jüdischer Kriegsgedächtnisfonds.

Nach einer Meldung der „Continental Times" beabsichtigen die dem Londoner Jews College nahestehenden englischen Kreise, an ihrer Spitze Lord Rothschild und Lord Swaythling, die englische Judenheit zur Schaffung eines Fonds von 1 000 000 Pfd. Sterl. aufzufordern der den Namen „Kriegsgedächtnisfonds der britischen Juden" führen und dazu dienen soll, die jüdische Erziehung und die jüdische Wissenschaft in England zu fördern, sowie ferner die Lage der Rabbiner zu verbessern.

— Die Baugesellschaft „Habone" die s. Zt. in Moskau mit einem Stammkapital von 10 Millionen Rbl. gegründet worden ist, wurde jetzt in London als engl. Gesellschaft mit einem Grundkapital von 200,000 Pfd. St. registriert. Der Vorsitzende J. *Goldberg* lässt an alle Mitglieder die Aufforderung ergehen, auf die s. Zt. mit 25% eingezahlten Aktien den Restbetrag einzuzahlen.

— Abgeordneter Rabb. Perlmutter aus Warschau ist in London eingetroffen. Auf seiner Hinreise weilte er kurze Zeit in Amsterdam und Scheveningen, wo er bedeutende Summen für die poln. Juden gesammelt hat. Nach den Feiertagen soll Rabb. Perlmutter sich nach Amerika begeben, um dort grosse Sammlungen für die polnischen Juden durchzuführen. Auch wegen der Verteilung der gesammelten Gelder führt Rabb. Perlmutter Unterhandlungen.

London. Dr. *Coralnik* und M. *Grossmann* sind hier eingetroffen. Sie verbleiben blos einige Tage in London und begeben sich dann in einer speziellen Mission der ukrainischen Juden nach New-York.

— In *Liverpool* fand ein grosses Meeting zugunsten der jüd. Kriegsopfer statt. Es sprachen u. a. Dr. Jochelmann und Morris Myer.

Palästina.

Der Apfelsinen-Export aus Palästina.

Im „Hadshoth Haaretz" gibt *S. Gerschmann* über den Export von Apfelsinen aus Palästina folgende Daten: Die Zahl der vor dem Kriege von Jaffa aus exportierten Apfelsinen betrug ca. 1½ Millionen Kisten d. h. 250 Millionen Stück pro Saison. An dieser Zahl waren die Juden mit ca. 600,000 Kisten beteiligt. Da es infolge von Schiffsmangel vorerst nicht möglich sein wird, den Export nach Liverpool auf derselben Höhe wie in der Vorkriegszeit zu halten, weist Gerschmann auf die Wichtigkeit neuer Absatzgebiete hin, wofür hauptsächlich die skandinavischen Länder in Betracht kämen. Die Aufschriften des Packpapiers sollen natürlich *hebräisch* sein, nicht nur aus nationalen Gründen, sondern damit man die palästinensischen Apfelsinen auch äusserlich von den spanischen und italienischen unterscheiden könne.

— In Palästina sind in der Zeit vom Februar bis Juli eingetroffen: In Jaffa 1216 zwischen 26. Mai und 12. Juni, in Haifa 28 zwischen 30. Mai und 27. Juni, über Egypten 1573 Immigranten, davon mehr als ⅔ repatriierte Flüchtlinge.

Schiffahrt in Palästina.

Die „Jüdische Presszentrale Zürich“ entnimmt dem Bericht der „Palestine Waters Commission“, die aus den Ingenieuren Dr. M. Gurewitsch, Dr. M. Sultsch und Katinke besteht, nachstehende Details:

1. Mit Hilfe der genannten Kommission wird bald ein jüdisches Fischerreikartell gegründet werden. 2. Durch ihre Einwirkung hat eine private kapitalistische Unternehmung in der Fischereibranche, die in Palästina mit Anfang dieses Monats ihre Tätigkeit aufnehmen wird, versprochen, hauptsächlich jüdische Fischer zu beschäftigen. 3. Die Schiffahrtgesellschaft besitzt bis jetzt zwei Motorschiffe, die den Kinereth-See befahren. Ein weiteres grösseres Motorschiff, das den Dienst zwischen Haifa und Beirut versehen wird, ist im Bau begriffen. Es sind ferner Vorbereitungen getroffen worden, weitere zwei Schiffe zu erbauen, die bis Aegypten verkehren werden. Die Arbeiten werden hauptsächlich durch Juden besorgt. 4. Die Kommission hat sich auch mit der Ausbildung von Seepionieren beschäftigt um sie für den maritimen Beruf, Fischer, Matrosen usw. vorzubereiten.

Gründung eines Fischerdorfes.

Die „Palestine Waters Commission“ hat die Gründung eines Fischerdorfes beschlossen, zu welchem Zwecke bereits Baron James Rothschild die Ortschaft „Tantorah“ mit ihren grossen Bauten geschenkt hat. Sowohl Rothschild als auch die „Ica“ haben versprochen, sich an dem Budget des Fischereidorfes zu beteiligen.

Verbot aller nationalen Hymnen.

Der stellvertretene Militärkommandant von Jerusalem erließ eine neue Verordnung, wonach es verboten ist an öffentlichen Orten irgendeine „nationale Hymne“ zu singen oder zu spielen.

— Die Justiz-Verwaltung von Palästina hat Herrn Ben-Jehuda, dem Präsidenten des „Sfatenu“, berichtet, dass das Hebräische in allen Friedens-Gerichten als Gerichtssprache anerkannt ist. Gesuche, Klagen, Klagebegründungen, Entscheidungen sowie Verteidigungsschriften und Protokolle sind in hebräischer Sprache zulässig.

Wiederaufbau jüdischer Kolonien.

Aus Jaffa wird dem „Judiszea Folk“ berichtet, dass die Kolonisten von Baron Rothschild in Paris eine Verständigung erhalten hätten, über ihre vernichteten Wohnsitze sich keine Sorgen zu machen, da diese wieder aufgebaut würden. Über die Bedingungen, unter denen die Hilfe Rothschilds angenommen werden soll, herrschen zwischen den Kolonisten noch Meinungsverschiedenheiten.

— Rabbiner Kook, der unlängst von London abgereist ist, um sich nach Palästina zu begeben, ist am 29. Aug. in Jerusalem eingetroffen. Die Aufforderung vieler Jerusalemer Organisationen und Jeschiwoth-Verwalter, das Amt eines Ober-Rabbiners anzunehmen, hat Rabb. Kook katagorisch abgelehnt, indem er erklärte, nur aus innerem Drange und Verlangen nach Jerusalem gekommen zu sein und wolle er dort ausschliesslich als Privatperson zugunsten der Stadt tätig sein.

— Für die nächsten Lehrjahre ist von Erziehungs- und pädagogischen Rat des Jaffaer Gymnasiums Dr. Mossinsohn zum Direktor und Dr. Bograschow zum Vizedirektor gewählt worden.

— Dr. Heinrich Loewe der Verwalter der Berliner Universitäts-Bibliothek, ist vom Londoner zion. Komitee als Hauptbibliothekar an die Jerusalemer National-Bibliothek berufen worden. Seine Anfgabe wird sein, die genannte Bibliothek für die zukünftige hebräische Universität in Jerusalem vorzubereiten und zu ordnen. Dr. Loewe wird sich demnächst nach Jerusalem begeben.

Schweiz.

Verband jüd. Ingenieure in der Schweiz für den technischen Aufbau Palästinas.

Am 28. August wurde in Zürich ein Verband jüdischer Ingenieure in der Schweiz gegründet, der sich die Mitarbeit am technischen Aufbau Palästinas zum Hauptziele setzt. Aehnliche Verbände existieren bereits in Deutschland, England und Amerika. Es winken bei der zu erwartenden Selbständigkeitserklärung Palästinas, dem Ingenieur dankbare Aufgaben, gilt es doch, dort neue Industrien einzuführen und mit Rat und Tat der dortigen Bevölkerung in allen technischen Fragen beizustehen. Vorsitzender ist Ingenieur J. *Finkel*, Schriftführer Frl. Dr. J. *Wilbuschewitsch*.

— Minister *Soloweitschik* hat sich aus der Schweiz für 8 Tage nach Paris begeben von wo er nach Genf für einen weiteren mehrwöchentlichen Aufenthalt zurückzukehren gedenkt.

Presse- und Verlags-Notizen.

— Seit kurzem erscheint in London ein offizielles Mitteilungsblatt des Zentralbüros der zion. Organisation „The Zionist Bulletin“ unter der Redaktion von *Leo Herrmann*.

— Seit August erscheint in Amerika unter dem Titel „The Mizrachi World“ ein offizielles Organ der amerikanischen Misrachi Organisation in englischer Sprache.

— In Minsk hat eine jüdische Tageszeitung „Farn Folk“ herausgegeben von der zion. Organisations Weissrusslands unter Leitung von Dr. H. D. Hurwitsch zu erscheinen begonnen.

— Der Jüdische Nationalverband für die Alpenländer in Graz gibt ab Sept. eine jüdischnationale Revue „Grazer Jüdische Monatshefte“ heraus.

— Das Lemberger „Jüdische Tageblatt“ erscheint seit kurzem in grösserem Formate und in verdoppeltem Umfange. Die Redaktion hat neuerlich *M. Frostig* übernommen, der die Zeitung bis Kriegsausbruch leitete.

— In der „Morning Post“ veröffentlicht Oberst Repington einen scharfen Artikel gegen die englische Palästina-Politik.

— Der vierte Jahrgang des *„Jüdischen Jahrbuches für die Schweiz“* erscheint dieser Tage. Der überaus reichhaltige, ca. 280 Seiten starke Band, enthält neben Kalendarium, statistischen Daten und 8 Illustrationen, bemerkenswerte Beiträge von Hugo Zuckermann, Rab. Dr. Cohn, S. Piues, Oberr. Kuk, Jehuda Halevy, Ludwig Krauss, Dr. Ascher, Elie Benamozegh, Ben-Josef, Dr. Birnbaum, David Schklar, El. Rothmann, Toni Aktuaryus, Marcus Sohlberg, M. Vogelmann, Gottfried Keller, Isaak Erlanger, B. Weinert, Norbert Weldler, A. J. Rom und Bas Ami. Ausserhalb der Schweiz dürfte besonders das Verzeichnis der jüd. Gemeinden und jüd. Vereinigungen der Schweiz interessieren.

— Das erste Heft der in der J. P. Z. (No. 50/51) angekündigten hebräischen, religiös-nationalen, unparteiischen Monatsschrift „Hajarden“, *für Literatur, Land, Judentum- und Zeitprobleme*, ist soeben in Zürich erschienen. Es enthält folgende Beiträge: Megamatenu, Chewle Geulah v. M. Sulam, Anu Wahem v. M. Vogelmann, L'toldoth R. Akiba w. R. Simon v. Rabb. Dr. J. Seliger, Lapraoth Bejisrael v. D. Schklar, Merkas Ruchani b'Erez-Israel v. Dr. M. Auerbach, Sichronoth m'Erez-Israel v. Lea Seliger, Torath Hamedina Hajehudith v. E. Rothmann, B'diduth v. Barkai, Ischiuth Rawgawanith v. M. Leiter, Jehude Holland w'Hamilchama v. Red. Slagter.

Die „J.P.Z.“ ist eine Privatagentur — Druck von Kopp-Tanner, Zürich